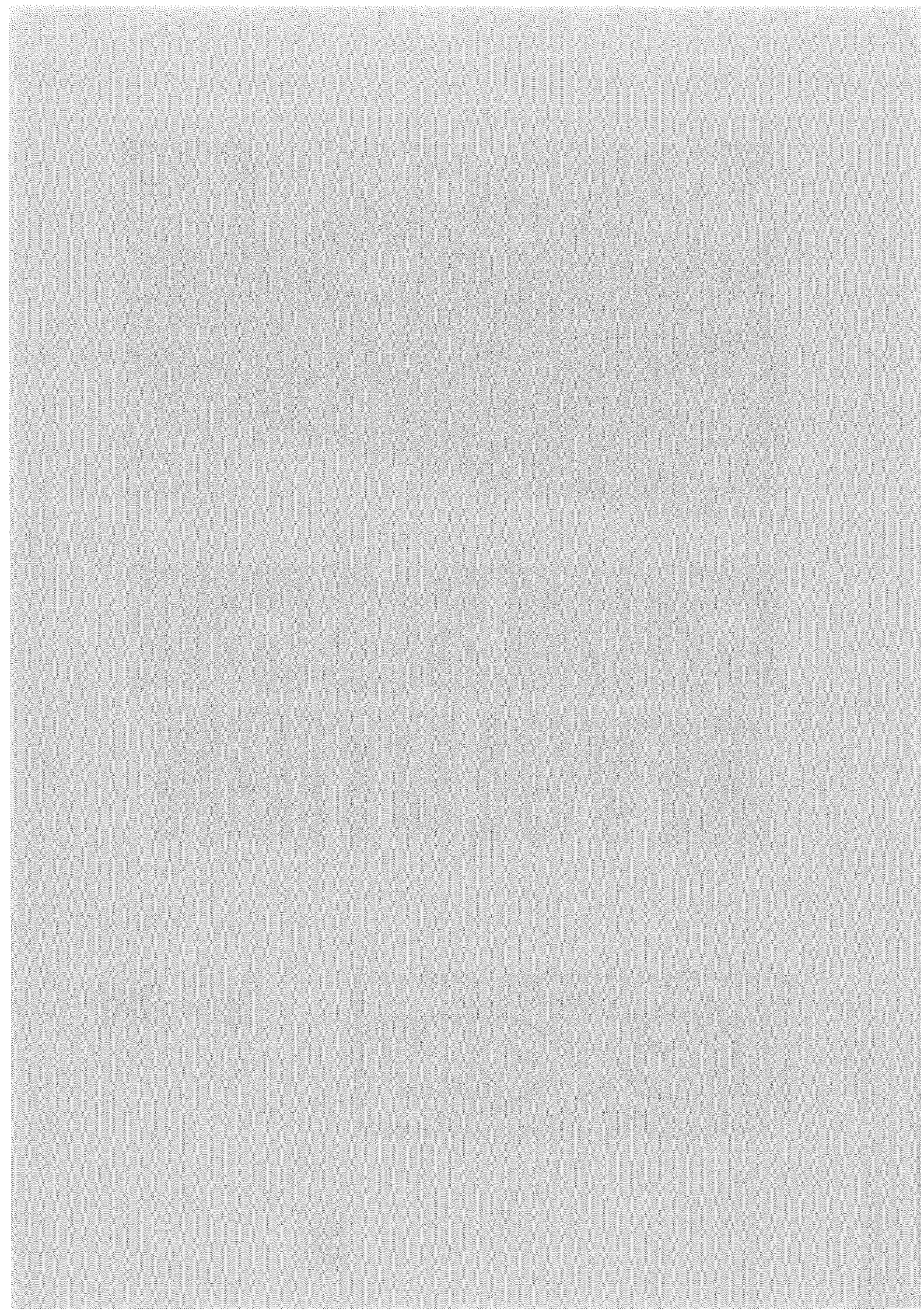




CHINESISCHE REVOLUTION



2,- DM



VOR 30 JAHREN: CHINESISCHE REVOLUTION

VORAN nimmt den 30. Jahrestag der chinesischen Revolution von 1949 zum Anlaß, Entwicklung und Charakter dieser Umwälzung im Überblick darzustellen und zu analysieren. In einer der nächsten Ausgaben unserer Zeitung werden wir uns mit den neueren Entwicklungen in China befassen.

In diesem Monat - exakt am 1. Oktober - jährt sich zum 30. Mal die Errichtung der Volksrepublik China. Die chinesischen Revolution kann, nach der Oktoberrevolution in Rußland, sicherlich als das zweitwichtigste Ereignis in der politischen Geschichte der Menschheit angesehen werden. Sie befreite ein Volk, das ein Viertel der Weltbevölkerung ausmacht, von Großgrundbesitz und Kapitalismus; auf der Grundlage einer verstaatlichten und geplanten Wirtschaft ermöglichte sie eine ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte, der Wirtschaftskraft Chinas. Das chinesische Volk ließ das Elend, die Ausbeutung, Armut, Hungersnöte und Epidemien von Jahrhunderten für immer hinter sich.

Auf der anderen Seite waren (und sind) diese unbestreitbaren Errungenschaften häufig der Nährboden für ungerechtfertigte Illusionen in den Charakter der chinesischen Revolution und der durch sie geschaffenen Gesellschaft. So wurde Mao Tse Tung für große Teile der internationalen Linken zu einer Kultfigur, China zur modellhaften Verkörperung einer gesunden sozialistischen Entwicklung. Noch heute ist die Einschätzung Chinas für viele Sozialisten ein Streitpunkt und immer wieder Anlaß zu erheblicher Verwirrung.

von Joachim Heuck,
Mitglied der Juso-Gruppe
Hamburg-Winterhude

DIE MACHTÜBERNAHME MAOS

Bürgerliche + Kommunisten

Die letzte chinesische Kaiserdynastie war 1911 gestürzt worden. An die Spitze der neu errichteten Republik trat die "Kuomintang" (KMT) unter Führung von Sun Yat Sen. Die Kuomintang hatte lange Zeit für eine demokratische Republik sowie nationale Unabhängigkeit gekämpft. Die Partei stützte sich, oberflächlich gesehen, auf die Bauernschaft, in Wirklichkeit jedoch wurde sie kontrolliert und gesteuert von den chinesischen Kapitalisten. Diese hatten ein Interesse an größerer Unabhängigkeit von den imperialistischen Mächten, die die chinesische Wirtschaft beherrschten. Die KMT war also tatsächlich die Partei der nationalen Bourgeoisie.

1921 erfolgte die Gründung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), zu deren Gründungsmitgliedern Mao Tse Tung gehörte. Die Partei bestand zu diesem Zeitpunkt aus lediglich 57 Mitgliedern; bis Anfang 1925 wuchs sie langsam auf 900 an, und erst die revolutionäre Welle der Jahre 1925-27 ließ die Mitgliedschaft auf über 50 000 emporschnellen.

Die Revolution von 1925-27

Die revolutionäre Bewegung wurde in erster Linie von der jungen chinesischen Arbeiterklasse in den Großstädten getragen. Diese war trotz ihrer Schwäche - China war vorwiegend ein Agrarland - aus dem Ersten Weltkrieg als die dynamischste Kraft in der Gesell-

schaft hervorgegangen. Beginnend mit der ersten großen Streikwelle des Jahres 1919, führte das Industrieproletariat erbitterte Kämpfe gegen seine imperialistischen und einheimischen Ausbeuter.

Mit dem Ausbruch der revolutionären Bewegung 1925 nahmen Millionen, die zuvor wie Packtiere gelebt hatten, ihr Schicksal in die eigene Hand. Angespornt durch den Erfolg der russischen Oktoberrevolution, versuchten die fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse sich einen Weg zu sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu bahnen. Alle Bedingungen für eine Entwicklung der chinesischen Revolution nach dem Vorbild der Oktoberrevolution waren vorhanden.

Trotzkis Theorie der permanenten Revolution

Es ging darum, daß die Arbeiterklasse die anderen unterdrückten Schichten der Bevölkerung - besonders die ausgebeuteten, verarmten Bauern - mit sich zog und gemeinsam mit ihnen daran ging, die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution zu lösen. Damit ist gemeint: nationale Vereinigung des Landes, Befreiung von imperialistischer Beherrschung, umfassende Landreform (Verteilung des Landes an die Kleinbauern und Landarbeiter) sowie Ausbau der Industrie.

All diese Aufgaben waren in China - wie in Rußland vor 1917 - nicht gelöst. Die nationale Bourgeoisie war dazu nicht mehr in der Lage, wie es ihr in den fortgeschrittensten westlichen Ländern (wie z. B. England und Frankreich) noch gelungen war. Die bürgerlichen Klassen in Rußland und China hatten nämlich, international gesehen, zu spät die Bühne der Geschichte betreten, um sich gegen die übermächtigen imperialistischen Rivalen durchzusetzen zu können. Sie waren zu schwach und zu rückständig - die junge Arbeiterklasse schon zu stark und zu klassenbewußt. Eine bürgerliche Revolution hätte sich gegen die Interessen des einheimischen Großgrundbesitzes und der ausländischen kapitalistischen Großmächte richten müssen. Die nationale Bourgeoisie war jedoch eng verflochten mit den Großgrundbesitzern und völlig abhängig von den Imperialisten. Sich gegen diese zu wenden, hätte bedeutet: die eigene Machtstellung zu untergraben.

In den bürgerlichen Revolutionen Englands und Frankreichs hat die Bourgeoisie das Proletariat noch als Fußtruppen gegen die Feudalherren benutzt. In China und Rußland hatte die einheimische Bourgeoisie bereits zu große Angst vor der Arbeiterklasse. Statt ihre "eigene" Revolution voranzutreiben und das Feudalsystem zu zerschlagen, verbündete sie sich mit den Großgrundbesitzern gegen die Arbeiterklasse und stellte sich gegen die bürgerliche Revolution.

Aus diesen Gründen konnte nur noch die Arbeiterklasse im Bündnis mit der armen Bauernschaft Träger der bürgerlichen Revolution sein. Diese mußte außerdem im Kampf gegen die Bourgeoisie selbst durchgefochten werden. Auf dieser Erkenntnis hatten die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki ihre revolutionäre Strategie aufgebaut. Sie erkannten darüber hinaus, daß die Arbeiterklasse nach Erledigung der Aufgaben der bürgerlichen Revolution unmittelbar weiter schreiten mußte zur Enttötung der Kapitalisten und zur Errichtung einer geplanten Wirt-

schaft (Trotzkis Theorie der permanenten Revolution). Nur so konnte die Gesellschaft weiter entwickelt werden. Gerade die Rückständigkeit des Landes und die Impotenz der einheimischen Bourgeoisie zwang das Proletariat zur Anwendung sozialistischer Maßnahmen, noch bevor in einem hochentwickelten Land eine sozialistische Revolution vollzogen war. Allerdings gingen Lenin und Trotzki stets davon aus, daß eine sozialistische Revolution zugrunde gehen müßte, sollte sie zu lange in einem rückständigen Agrarland isoliert bleiben. Deshalb erhofften sie sich eine baldmöglichste Hilfe durch die Revolution in den fortgeschrittenen Ländern.

Rolle der Arbeiterklasse

Einer der zentralen Punkte war dabei für Lenin und Trotzki, daß die Arbeiterklasse in diesem ganzen Prozeß keinerlei Vertrauen auf die sogenannten "liberalen" Kapitalisten haben dürfte. Diese redeten von Reformen, aber sie würden die Bewegung der Arbeiter verraten; denn sie waren über die Banken und das ausländische Kapital auf's Engste mit den Großgrundbesitzern verbunden. Eine Zusammenarbeit oder ein Bündnis mit diesen Kräften war deshalb völlig ausgeschlossen - auch für die Lösung der Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution.

Dies war die kompromißlose Position der russischen Partei wie auch der kommunistischen Internationale (Komintern), solange sie noch entscheidend von Lenin und Trotzki geprägt wurden. Ab 1923 jedoch gerieten beide Organisationen mehr und mehr unter die Kontrolle Stalins und der von ihm vertretenen neuen Schicht privilegierter Bürokraten, die im russischen Arbeiterstaat die Macht übernahmen. Dies brachte eine Abkehr von der bisherigen Politik Lenins und Trotzkis mit sich. Und genau diese neue Politik Stalins und der inzwischen von ihm beherrschten Komintern trieb die KPCh in eine Katastrophe.

Stalins Politik

Stalin ging davon aus, daß die unmittelbaren Aufgaben in China (in der Durchföhrung einer bürgerlich-demokratischen Revolution) lagen. Er zog daraus die Schlußfolgerung, daß die Arbeiterklasse die Führung der Revolution an die nationale Bourgeoisie abtreten müsse. Sie müsse einen "Block der vier Klassen" - bestehend aus nationaler Bourgeoisie, Kleinbürgertum, Bauernschaft und Arbeiterklasse - bilden, der die Revolution unter politischer Führung der Bourgeoisie (!) durchführen sollte.

Aber es reichte Stalin und seiner Clique noch nicht, auf diese Weise alle Prinzipien aufzugeben, auf deren Grundlage die Bolsche-

wiki in Rußland die Revolution zum Sieg geführt hatten; er ging sogar noch weiter. Er wies die KPCh an, sich der Kuomintang anzuschließen, sich ihren Weisungen zu fügen und die eigene Organisation, die inzwischen in den Großstädten Chinas Massenunterstützung besaß, aufzulösen!

Die Führer der KPCh folgten den Anweisungen der Komintern, die den mittlerweile zum Führer der KMT aufgestiegenen General Chiang Kai Schek sogar zu ihrem Ehrenmitglied ernannte. Statt auf die Unabhängigkeit der Partei des Proletariats setzten deren eigene Führer auf eine Politik der bedingungslosen Unterordnung unter die Partei des Klassenfeindes. Diese von Stalin verordnete Politik hatte verheerende Auswirkungen. Chiang Kai Schek wurde zum Schlächter der chinesischen Arbeiterklasse.

Vernichtende Niederlage

1927 erreichte die seit 1925 tobende revolutionäre Bewegung ihren Höhepunkt mit machtvollen Aufständen der Arbeiter in verschiedenen Großstädten wie Shanghai und Kanton. In Shanghai kontrollierten die Arbeiter die Stadt vollständig, als die kommunistischen Führer sie drängten, die Stadt an die Truppen Chiangs - des "Bündnispartners" - zu übergeben. Damit lieferten sie sich ihre eigenen Henker aus. Denn die Armee Chiang Kai Scheks schlug über Nacht zu und richtete ein grausames Massaker unter den Arbeitern an. Die Ereignisse von Shanghai wiederholten sich in ähnlicher Form in anderen Großstädten. Insgesamt wurde 1927 über eine Million Chinesen von den Truppen der KMT getötet; vier Fünftel der 50.000 Mitglieder zählenden KPCh wurden ausgelöscht. Das war das grausige Ergebnis der Politik der KPCh und vor allem Stalins, ihres mächtigen "Beraters", der durch seine Bündnispolitik die chinesischen Arbeiter schutzlos der Reaktion ans Messer lieferte.

Die Revolution der Arbeiterklasse in China war damit vorerst einmal gescheitert. Man hätte vielleicht erwarten können, daß die Verantwortlichen die Lehren aus ihrer verfehlten Politik ziehen würden. Nichts dergleichen geschah. Im Gegenteil: es folgten weitere katastrophale Fehleinschätzungen.

Maos Basis: eine Bauernarmee

Zunächst Mao in China, etwas später auch die Komintern, kamen zu der Auffassung, daß nicht die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse entscheidend sei, sondern daß die Partei sich in Zukunft auf



Shanghai im März 1927: Streikgruppen haben sich zur Miliz zusammengeschlossen. Die Arbeiter kontrollieren die Stadt und werden Chiang Kai Schek übergeben, der von der KP-Propaganda als revolutionärer General beschrieben wurde. Chiang Kai Schek wird sie umbringen lassen.

die Bauern stützen müsse. Die chinesische Revolution müsse eine Bauernrevolution sein. Nachdem man die revolutionäre Arbeiterklasse verraten und ins Verderben getrieben hatte, wandte man sich nun von ihr ab. Inzwischen hatte sich Mao an der Spitze einer Guerilla-Armee, die weitgehend aus arbeitslosen Landarbeitern bestand und 10 000 Mann zählte, aus den Städten zurückgezogen, um sich der Verfolgung durch die Truppen Chiangs zu entziehen. In einer abgelegenen Bergprovinz (Kiangsi), die bald durch seine Armee kontrolliert wurde, rief Mao eine "Sowjetrepublik" aus und machte sich an den Aufbau einer Bauernarmee.

Aber schon 1930 startete die Kuomintang den ersten von insgesamt fünf "Vernichtungsfeldzügen" gegen die von Mao kontrollierte Provinz. 1934 wird Mao schließlich zu einer 10.000 km langen Flucht in den Norden Chinas gezwungen - dem berühmten "langen Marsch". Seine anfangs 90.000 Mann starke Armee wird während des einjährigen Gewaltmarsches auf 7.000 Mann reduziert. Mao selbst wird 1935, auf dem "langen Marsch", zum Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas gewählt. Seine kleine Armee ist alles, was von der Partei übrig geblieben ist.

Neues Bündnis mit Kuomintang

Die Partei gewinnt jedoch langsam neuen Rückhalt unter der ländlichen Bevölkerung, weil sie als einzige gesellschaftliche Kraft ein entschlossenen Kampf gegen die japanischen Armeen führt, die

das Land mit einem Eroberungskrieg überzieht. Die Regierung der KMT unter Chiang Kai Schek bleibt dagegen fast untätig gegen die ausländische Invasion.

Aber was wird angesichts dieser Situation von der Komintern als neue Marschroute ausgegeben? Stalin sieht die Sowjetunion durch die japanische Invasion in China langfristig bedroht und erneut fordert er mittels der Komintern die KPCh auf, ein Bündnis mit der Kuomintang einzugehen; mit der gleichen Partei, deren Armee 1927 10.000e Kommunisten abgeschlachtet und anschließend fünf "Vernichtungsfeldzüge" gegen die KPCh geführt hatte!

Der Hintergrund für diese Politik ist einerseits das Ziel, die japanischen Eroberungsgelüste zurückzudrängen, und andererseits nach wie vor (bzw. schon wieder) die von Stalin vertretene "Etappen-theorie", die schon 1925 bis '27 seine verhängnisvolle China-Politik bestimmt hatte. Demnach stand für das rückständige Agrarland China die Machteroberung der Arbeiter noch für Jahrzehnte nicht auf der Tagesordnung, es gehe lediglich um die Errichtung der bürgerlichen Demokratie, die das Bild Chinas für lange Zeit prägen würde. Deshalb komme die KPCh auch nicht um ein langfristiges Bündnis mit der bürgerlichen KMT herum. Genau die gleiche Position also wie 1925 bis 1927! Die stalinistische Bürokratie hatte nichts aus den grausamen Ergebnissen dieser Politik gelernt!

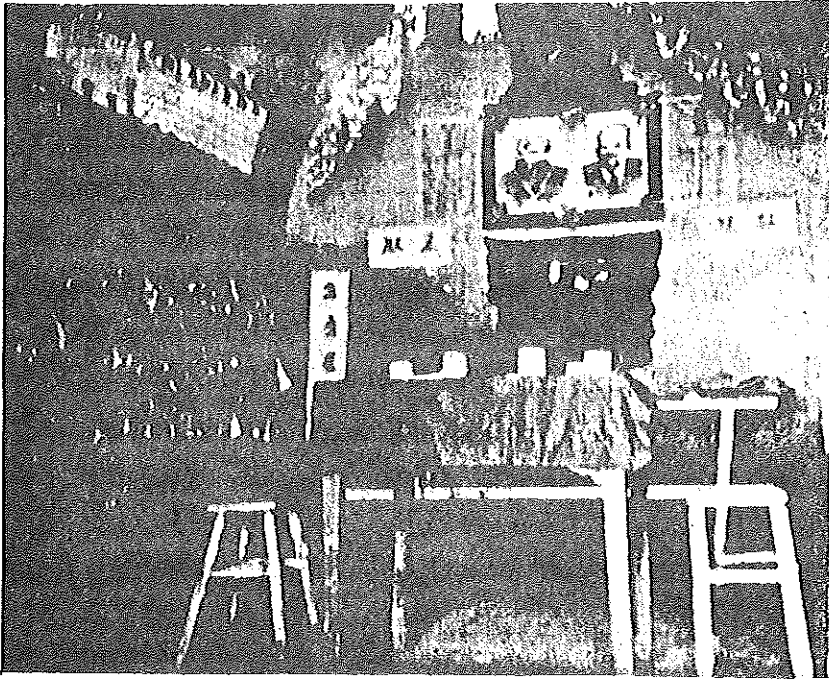
Volksfrontpolitik

Schon seit 1934 hatte die Komintern eine derartige Politik der

Klassenkollaboration wieder zur ständigen Grundlage ihrer Strategie gemacht - nach einer vorübergehenden ultralinken Phase des Abenteuerertums. Sie propagierte überall die Bildung von "Volksfronten" mit "progressiven", kapitalistischen Kräften zur Sicherung der Demokratie und zur Abwehr des Faschismus. Die Volksfrontpolitik führte insbesondere in Frankreich sowie im spanischen Bürgerkrieg zu einer vernichtenden Niederlage für die Arbeiterklasse und ebnete letztlich den Weg für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

In diesem internationalen Zusammenhang stand also die Politik der Komintern in China. Mao Tse Tung setzte sie, ohne zu zögern, mit der KPCh in die Tat um. 1938 bekundet er den Willen der Roten Armee, unter Chiang Kai Schek gegen Japan zu kämpfen, sich im nationalen Interesse dessen Oberbefehl zu unterstellen. Er spricht sich "für ein langfristiges Bündnis mit der KMT", auch nach Beendigung des Krieges gegen Japan, aus und fordert die Anerkennung der KMT als Hauptkraft der Einheitsfront!

Mao Tse Tung erweist sich als treuer Vollstrecker der Stalin'schen Politik. 1939 schreibt er in einem Artikel zum 60. Geburtstag Stalins: "Stalin ist der treue Freund der Sache der Befreiung der chinesischen Volkes. Die Liebe und Verehrung des chinesischen Volkes für Stalin... kommen aus vollem Herzen." Ebenfalls 1939 begrüßt er den "Hitler-Stalin-Pakt" als Schwächung der antikommunistischen Kräfte und sagt weiter: "Alle die mir helfen, sind meine Freunde; alle die meinem Feind



Der Hauptgrund für den Sieg Maos war die Aufteilung des Großgrundbesitzes an die Bauern. Hier die "Jugendbrigade" beim Landeinsatz

helfen, sind meine Feinde - das ist ein unverrückbarer Grundsatz." Frühe Vorboten der heutigen erzkommunistischen Außen- und Bündnispolitik Chinas....

Die chinesischen Kommunisten waren also wiederum ein Bündnis mit der Kuomintang eingegangen. Aber es gab diesmal im Vergleich zu 1925 bis 1927 einen wichtigen Unterschied: Die Armeen der be-

den Parteien sollten zwar vereint die japanischen Invasoren bekämpfen, aber Mao legte dieses Mal Wert auf die Erhaltung einer relativen Unabhängigkeit seiner eigenen militärischen Kräfte. Er gab auch die Regionen, die er bereits kontrollierte nicht mehr aus der Hand. Andererseits hatte die kommunistische Partei Chinas zugesichert, sich allen Versuchen ei-

ner Verteilung des Landes an die kleinen Bauern entgegenzustellen; ferner würde sie Angriffe auf die Politik Chiang Kai Scheks unterlassen.

Anwachsen der KP China

Es waren hauptsächlich die Kommunisten, die den Kampf gegen die Japaner führten und dadurch ihre Anhängerschaft unter der Landbevölkerung ständig ausbauten. 1945, auf dem 7. Parteitag der KPCh (dem ersten seit 17 Jahren!), gab Mao folgende Zahlen bekannt; die Mitgliedschaft betrug 1,2 Millionen. Die Partei verfügte über 900 000 Mann starke Armee sowie eine 2,2 Millionen starke Miliz. Die KPCh war zu einer Massenbewegung angewachsen.

Im Herbst 1945 kapitulierte Japan. Der äußere Feind ist den Chinesen damit genommen. Dafür entbrennt jetzt der Kampf um die Macht in China selbst umso heftiger. Chiang Kai Schek hatte sich darauf verlassen, daß die amerikanischen und britischen Imperialisten ihm nach dem Krieg dabei helfen würden, mit den Kommunisten abzurechnen. Aber als er jetzt seinen Angriff auf die Rote Armee startet, muß er feststellen daß der Imperialismus gelähmt ist. Die amerikanischen Truppen weigern sich, einen weiteren Krieg zu führen. Chiang ist also auf seine eigenen Kräfte angewiesen. Aber sein Regime und seine Armee sind völlig korrupt und haben jegliche Unterstützung in der Bevölkerung verloren.



Hinrichtung in Peking: 40000 Mitglieder der KPCh werden von der Kuomintang umgebracht.

Demgegenüber hat Mao in den von ihm kontrollierten Provinzen ein funktionierendes Verwaltungs- und Rechtssystem errichtet. Vor allem aber verteilt er das Land an die armen Kleinbauern und Landarbeiter. Auf diese Weise schafft er die Grundlage für eine massenhafte Unterstützung seitens der Landbevölkerung.

Sieg im Bürgerkrieg

Der von Chiang Kai Schek entfesselte Bürgerkrieg zwingt die KPCh und Mao endlich zu einem kompromißlosen Kampf gegen die Kuomintang. Kurz zuvor, am 8. 10. 1945, hatte Mao eine Ansprache über Chinas Zukunft nach der Besiegung des japanischen Aggressors noch mit den Worten abgeschlossen: "Lang lebe das neue China! Lang lebe Vorsitzender Chiang!". Selbst zu diesem Zeitpunkt hatte er immer noch auf das Bündnis mit den bürgerlichen Kräften gebaut.

Chiang versucht, kräftig unterstützt vom US-Imperialismus, die endgültige Zerschlagung der KPCh herbeizuführen. Aber er hat die veränderten Kräfteverhältnisse in China falsch eingeschätzt. Die Kuomintang besitzt keine ausreichende Unterstützung in der Bevölkerung mehr. Die Truppen der roten "Volksbefreiungsarmee" marschieren von Sieg zu Sieg und drängen die Resttruppen Chiangs schließlich zurück auf die Insel Formosa (heute Taiwan). Am 1. Oktober 1949 ruft Mao in Peking die Volksrepublik China aus.

Die eigentliche Grundlage für den Sieg der KPCh war die totale Unfähigkeit der chinesischen Bourgeoisie - vertreten durch die KMT - in den Jahrzehnten seit der Ablösung des Kaisertums die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution und damit die drängendsten Probleme des chinesischen Volkes anzupacken, geschweige denn zu lösen. Dazu gehörte vor allem: die Beseitigung des Großgrundbesitzes und die Verteilung des Landes an die kleinen Bauern; die Vereinigung des Landes zu einem Nationalstaat; und schließlich die Befreiung Chinas von imperialistischer Bevormundung und Beherrschung (insbesondere durch Japan).

Die Unterstützung der bürgerlichen Kräfte in der Bevölkerung - vor allem unter der verarmten Bauernschaft - schwand vor diesem Hintergrund dahin und ging auf die Bewegung Maos über. Diese versprach den armen Bauern eine radikale Lösung ihrer Probleme und verteilte in den von ihr kontrollierten Gebieten das Land. Der Umschwung machte auch vor Chiang Kai Schecks Armee nicht halt. Obwohl diese mit 8 Millionen Solda-

ten den Truppen Maos mit nur 1 Million personell und auch technisch zunächst überlegen war, war die Aussicht auf Land stärker als die Disziplin der bürgerlichen KMT-Armee. Denn die einfachen Soldaten waren ebenfalls zum Teil Bauern oder Bauernsöhne. Ganze Divisionen schmolzen dahin, desertierten und liefen auf die Seite Mao Tse Tungs über. Zusammen mit ihrem entschiedenen Kampf gegen die japanischen Invasoren lag darin der Hauptgrund für den Sieg der chinesischen Revolution.

Kapitalistische Demokratie?

Nach ihrem Einmarsch in den Städten und ihrer Machteroberung hatten Mao und die KPCh keineswegs im Sinn, sich an die Errichtung eines sozialistischen China heranzumachen; von einer Verstaatlichung der Industrie und der Planung der Produktion war anfangs nicht die Rede - nicht einmal als mittelfristige Perspektive. Vorgesehen war lediglich eine Landreform, in der der Großgrundbesitz auf die vielen kleinen Bauern aufgeteilt werden sollte. Der Hintergrund für diese Politik war noch immer die stalinistische "Etappentheorie" von der Entwicklung der Gesellschaft in streng voneinander abgegrenzten Stufen. Die Führer der KPCh erklärten nach der Revolution, China stünde eine circa 50jährige Periode "kapitalistischer Demokratie" bevor. Erst nach dieser Periode könne man an den Aufbau des Sozialismus denken. Infolgedessen sei man nach wie vor auf ein Bündnis mit der chinesischen Bourgeoisie angewiesen - einer Bourgeoisie, deren politische Vertreter die KPCh nach jahrelangem erbitterten Bürgerkrieg schließlich unter großen Opfern militärisch bestieg hatte!

Aber die Entwicklung lief anders, als es sich die KP-Führer gedacht hatten. Es erwies sich als unmöglich, entscheidende wirtschaftliche Schritte und Fortschritte durchzuführen, ohne die Kontrolle über die Schaltstellen der Wirtschaft in die Hand des Staates zu überführen und einer zentralen Planung zu unterwerfen. Die Regierung ist bereits 1953 gezwungen, die beschleunigte Verstaatlichung der Industrie und Kollektivierung der Landwirtschaft einzuleiten. Der erste Fünfjahresplan läuft an. Die wirtschaftlichen Erfordernisse sind stärker als die - falschen - Theorien und Vorstellungen der KPCh-Führung (Etappentheorie). Das Entscheidende dabei ist, daß die notwendigen tiefen Strukturveränderungen in der Wirtschaft Chi-

nas auch tatsächlich durchgesetzt werden können - und zwar sehr leicht; weil die Staatsmacht dem Kapital bereits entrissen worden ist und in den Händen der Roten Armee liegt, und damit in den Händen der KPCh.

Deformierter Arbeiterstaat

Die KP-Führung unter Mao beginnt damit, einen Staat nach dem Vorbild der Sowjetunion aufzubauen - aber nicht der Sowjetunion Lenins und Trotzki's, sondern nach der Stalins. Mao fängt an, wo Stalin aufgehört hat. Das heißt: in China hat es von Beginn an keinerlei Elemente einer echten Arbeiterdemokratie gegeben, wie in Rußland nach der Oktoberrevolution. Es gab in China 1949 und danach zu keiner Zeit Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Dort, wo sie 1949 entstanden, wurden sie von der Roten Armee zerschlagen! Es gab weder Arbeiterkontrolle über die Industrie und den Staat noch waren unabhängige Gewerkschaften erlaubt.

In China hatte nicht die Arbeiterklasse unter Führung einer fest in ihr verankerten marxistischen Partei bewußt eine Revolution durchgeführt (wie in Rußland 1917). Vielmehr wurde eine sozialistische Umwälzung der Gesellschaft mehr oder weniger unbewußt - durch den Zwang wirtschaftlicher Erfordernisse - von einer Guerilla-Armee ausgeführt, die sich auf das Bauerntum stützte und seit 22 Jahren von den industriellen Großstädten abgeschnitten war. Diese Bauernarmee, die 1949 zur alleinigen Trägerin der Staatsmacht wurde, war angeführt von kleinstädtischen Intellektuellen wie Mao, die zwar in ihren jungen Jahren von einem Hauch des Marxismus berührt worden waren, aber inzwischen unentwickelt hatten, die nichts mehr mit den Traditionen von Marx, Lenin und Bolschewiki zu tun hatten.

Die anfängliche Arbeiterdemokratie in Rußland entartete erst nach mehreren Jahren zu einer stalinistischen Ein-Parteien-Diktatur. Maos Regime in China hatte von Anfang an den Charakter einer bürokratischen Diktatur, die sich allerdings schon sehr bald auf eine geplante Wirtschaft stützte. Marxisten nennen solche staatlichen Gebilde "deformierte Arbeiterstaaten". Außer ihrer wirtschaftlichen Grundlage haben sie mit einer gesunden Arbeiterdemokratie nichts gemeinsam.

Die Entwicklung seit 1949

Die chinesischen Führer versprechen sich von ihrem Liebeswerben um den Westen Hilfe bei der Modernisierung und Industrialisierung ihrer Wirtschaft. Sie propagieren die "Vier Modernisierungen" in den Bereichen Wissenschaft, Industrie, Landwirtschaft und Verteidigung - eine neue Version des "großen Sprungs nach vorn". Die neue Kampagne beinhaltet ursprünglich u. a. ein massives Industrialisierungsprogramm (120 Mammutprojekte), das China innerhalb weniger Jahre in eine moderne Wirtschaft verwandeln sollte. Für die volle Mechanisierung der Landwirtschaft wurde 1980 als Zieljahr proklamiert.

Diese anspruchsvollen Pläne waren jedoch hochgradig abhängig von umfangreichen Importen modernster Technologien aus dem kapitalistischen Westen. Inzwischen mußten die Pläne erheblich nach unten korrigiert werden. Die Führung sah ein, daß sie nur auf Kosten riesiger Auslandsverschuldung oder eines drastisch eingeschränkten Lebensstandards der Bevölkerung hätten verwirklicht werden können. Letzteres erscheint jedoch der Bürokratie gegenwärtig als eine zu risikoreiche Belastungsprobe für die ohnehin schon häufig überstrapazierte Opferbereitschaft der Bevölkerung. Schließlich sind die sich in den letzten Jahren häufenden Proteste und vereinzelt Demonstrationen verschiedener Bevölkerungsgruppen ausreichende Anzeichen wachsender Unzufriedenheit.

Abkehr von Mao

Es paßt auch durchaus in das Bild der gegenwärtigen Führungselite, daß sie eine vorsichtige Abkehr von der einst unumstrittenen Führerfigur Mao betreibt. (Auch hier eine deutliche Parallele zur sogenannten "Entstalinisierung" in der Sowjetunion.) Die Weisungen und Worte des "großen Steuerhelfers" sind in den vergangenen Monaten allmählich aus dem Stadtbild Pekings verschwunden. Man beruft sich nur noch auf den "frühen" Mao (vor 1949), distanziert sich jedoch zunehmend deutlich von den letzten Jahrzehnten seines Wirkens.

Dies ist auch kaum verwunderlich, hat doch schließlich Mao entscheidende Verantwortung für die "ultralinken Abenteuer" wie die Kulturrevolution und die kurze Herrschaftsperiode der "Viererbande" getragen, in deren Verlauf der heutige starke Mann, Deng Xiaoping, jeweils entmachtet und geschmäht wurde! Behutsam-

keit ist natürlich beim Abbau des Heiligenbildes schon noch geboten, denn schließlich wurde Mao der Bevölkerung allzu lange als "Sonne und Prophet", als unfehlbarer Führer verkauft.

Reaktionäre Außenpolitik

Als letzter Bereich soll die chinesische Außenpolitik kurz beleuchtet werden.

Während der gesamten 30jährigen Dauer ihres Bestehens hat die jeweilige chinesische Führung ohne Ausnahme den proletarischen Internationalismus - ein ganz entscheidender Bestandteil des Marxismus - mit Füßen getreten. Nationalistisch bis in die Knochen, war und ist die Bürokratie stets allein auf die Vermehrung ihrer eigenen Machtstellung, ihres Prestiges, ihrer Einflusssphären bedacht. Die Grundlage für diese Politik ist bereits in Stalins Theorie vom "Sozialismus in einem Land" zu finden - die utopische Vorstellung, der Sozialismus lasse sich in einem einzigen (noch dazu ausgesprochen rückständigen!) Land verwirklichen. Die Folgen dieser stalinistischen Theorie sind schon seit langem deutlich zu sehen: angefangen mit der Auflösung der kommunistischen Internationalen bis hin zur Bildung engstirniger, nationalistischer Bürokratien in allen Ostblockstaaten, die alle ihren "eigenen Weg zum Sozialismus" gehen, wo ihnen dies nicht ohne weiteres durch die "Rote Armee" unterbunden werden kann (z. B. Jugoslawien).

Aus einer solchen Theorie folgt natürlich auch, daß der angebliche "Aufbau des Sozialismus im eigenen Land" Vorrang hat vor den Interessen anderer Länder, also z. B. zur Ausplünderung der "Bruderstaaten" und ihrer politischen Bevormundung führt.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch der Bruch zwischen Moskau und Peking. Es ging dabei nicht um grundlegende Meinungsverschiedenheiten, sondern einzig und allein um die Befreiung von der sowjetischen Vorherrschaft und um die nationale Unabhängigkeit der chinesischen Bürokratie. (Da beides nun erreicht ist, können inzwischen wieder Verhandlungen über eine Annäherung stattfinden. Ende 1979 gab es auf 3. Ebene diplomatische Gespräche zwischen Moskau und Peking. Der einstige chinesische Satellit Albanien nähert sich wieder an Moskau an. Zwar hat der

ganze Wirbel um Afghanistan diese Entwicklung etwas in den Hintergrund gedrängt. Aber wenn sich in absehbarer Zeit die sowjetischen und chinesischen Führer wieder mit Bruderküssen überschütten, so sollte dies niemanden wundern.)

Damgegenüber ist der Marxismus von seinem innersten Wesen her internationalistisch angelegt; der Sozialismus kann nur im internationalen Maßstab durchgesetzt und dauerhaft vor ausländischen Übergriffen oder innerer Entartung gesichert werden. Eine Theorie, die das Gegenteil behauptet, ist durch und durch reaktionär und reduziert die Außenpolitik auf das für den Kapitalismus typische Nationalstaatsdenken, auf eine unverblühte Macht- und Großmachtspolitik im nationalen Interesse.

Im Falle Chinas wird dies daran deutlich, daß seine Führung vor keinem Bündnis mit den reaktionärsten Regimes, mit den blutigsten Diktaturen zurückschreckt.

So unterstützte Parteichef Hua noch wenige Monate vor dem Sturz des Schah ausdrücklich dessen Politik anlässlich eines offiziellen Besuchs im Iran. (Aber auch der Ostblock ließ sich nicht lumpen. Noch für 1978 war ein Staatsbesuch des Schahs in der DDR geplant.) Mobutu aus Zaire fand ausgerechnet in dem Augenblick die Unterstützung Chinas, als die Arbeiter und Bauern in der Provinz Shaba sich gegen seine Diktatur erhoben.

Die chinesischen Stalinisten standen an der Seite Pakistans, als dessen Armee ein grausames Massaker am Volk von Bangla Desh vollzog. Sie beeilten sich, Handels- und diplomatische Beziehungen mit dem zerbröckelnden Franco-Regime in Spanien aufzunehmen.

Ein negativer Höhepunkt war auch die Entsendung eines Botschafters sowie die Gewährung von Krediten an das blutbesudelte Pinochet-Regime in Chile.

Nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zeigte sich besonders deutlich die chinesische Devise: Alles ist gut, was der Sowjetunion schadet. Gemeinsam mit Pakistan, Saudi-Arabien und USA unterstützt die chinesische Bürokratie die moslemischen Rebellen. Mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Brown schloß sie einen militärischen Beistandspakt ab. Brown wurde in Peking so herzlich empfangen, wie es in Bonn oder London nicht herzlicher hätte sein können.

Nationalismus

Es ist müßig, diesen unschönen Faden weiter zu spinnen. Deutlich wird in jedem Fall, daß für die chinesischen Bürokraten nicht die Interessen der Arbeiter und Bauern der jeweiligen Länder im Vordergrund stehen, sondern nur die Ausweitung ihres eigenen, nationalistischen Einflusses und Prestiges.

Perspektiven

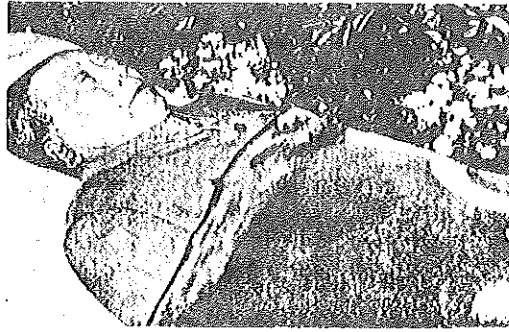
China ist kein sozialistischer Staat! Es gibt in China keine Spur von Arbeiterdemokratie im Innern, und es gibt keine Spur von proletarischem Internationalismus nach außen. Doch im gegenwärtigen Entwicklungsstadium ist es der Bürokratie noch möglich, eine relativ fortschrittliche Rolle zu spielen. Darin liegt der Grund für die verhältnismäßig große Unterstützung, die das Regime heute noch in der Bevölkerung genießt. Aber das System in China ist, genau wie in der Sowjetunion, dazu verdammt, irgendwann an die Grenzen seiner Entwicklungsmöglichkeiten zu stoßen. Dann werden die bürokratischen Verhältnisse in China ebensolche Fesseln für die weitere Entwicklung der Gesellschaft sein, wie es die kapitalistischen Verhältnisse für die westlichen Gesellschaften sind.

Die Arbeiterklasse, die einzig mögliche Trägerin einer echten Arbeiterdemokratie, wächst durch die rasche Entwicklung der Industrie schnell an; ihre Rolle in der chinesischen Gesellschaft wird immer wichtiger. Langfristig ist eine politische Revolution auch in China unvermeidlich, in der sich die Arbeiter und Bauern der parasitären Bürokratschicht entledigen. Freiwillig wird sie niemals ihre Macht hergeben.

Aber natürlich darf man die Perspektiven für China nicht losgelöst von internationalen Entwicklungen sehen. Die Errichtung einer oder mehrerer Arbeiterdemokratien in den hochentwickelten Industriestaaten des Westens oder in den osteuropäischen Staaten würde auch für die Arbeiterbewegung in China einen ungeheuren Anziehungspunkt darstellen. Dies könnte zu einem raschen Sturz der Bürokratie und zu einer Verwirklichung des Marxismus führen: zur vollen Ausschöpfung der immensen Möglichkeiten der Planwirtschaft, zu einer Arbeiterdemokratie und zum proletarischen Internationalismus.

Stabilität und Fortschritt

Vor der Revolution war China ein schwaches, zerissenes, extrem unterentwickeltes Land -



Noch zu Maos Lebzeiten war Franz-Jesef Strauß ein willkommenener Gast in China. . . .



gekennzeichnet durch Analphabetentum, Hunger und nationale Erniedrigung. Die Abschaffung von Großgrundbesitz und Kapitalismus sowie die Einführung einer geplanten Wirtschaft im Gefolge der Revolution hat in China eine gewaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung ermöglicht. Allein das reicht aus zur Rechtfertigung der chinesischen Revolution von 1949, die - nach der russischen Oktoberrevolution - das zweitwichtigste Ereignis in der politischen Geschichte der Menschheit darstellt.

Die Überlegenheit der Planwirtschaft wird bereits auf den ersten Blick deutlich, wenn man China mit Indien vergleicht. Indien wurde zwei Jahre vor der Chinesischen Revolution unabhängig (1947), seine Entwicklung verlief jedoch auf kapitalistischer Grundlage. Resultat: Armut, Hunger, Analphabetentum, Massenarbeitslosigkeit. All das gibt es in China, dessen Lage vor 30 Jahren im Vergleich zu Indien bestimmt nicht vorteilhafter war, heute nicht mehr. Eine fast unvorstellbare Errungenschaft besteht in der Tatsache, daß China sein 900-Millionen-Volk heute mit Nahrungsmitteln weitgehend selbst und ausreichend versorgen kann.

Industrie und Landwirtschaft

Im Laufe der vergangenen 30 Jahre konnte die wirtschaftliche Produktion ungefähr auf das 80fache gesteigert werden. Seit 1957 verfünffachte sich die Industrieproduktion, 1952 produzierte China nur 1,8 Mio. Tonnen Stahl, 1978 bereits 32 Mio. Tonnen.

Die Erzeugung elektrischer Energie stieg von 7,3 Mrd. Kilowattstunden im Jahre 1952 auf 121 Mrd. 1976. Im selben Zeitraum erhöhte sich die Traktorenproduktion von 1.000 auf 190.000. Ähnliche Zahlen ließen sich für die Produktion von Kohle, Öl, Zement, LKW's, Lokomotiven, Düngemittel, Getreide und vieles mehr auflisten.

China gehört inzwischen, sowohl landwirtschaftlich als auch industriell, zu den wichtigsten Ländern der Welt und holt ständig weiter auf. Hohe Wachstumsraten des Sozialproduktes sind Ausdruck dieser Entwicklung. Zwar fehlen offizielle Statistiken, aber Schätzungen (auch westlicher Experten) für 1978 laufen auf eine Wachstumsrate von ungefähr 14% hinaus.

Zusammen mit den für sich sprechenden Erfolgen in der Landwirtschaft, hat die erstaunliche Entwicklung der chinesischen Industrie der riesigen Bevölkerung einen zwar immer noch bescheidenen, aber doch annehmbaren Lebensstandard beschert - besonders wenn man sich vergleichsweise die früheren Lebensbedingungen des chinesischen Volkes oder auch die heutigen Verhältnisse in den übrigen Ländern der sogenannten "Dritten Welt" vor Augen führt. Die 900 Mio. Chinesen haben ausreichend zu Essen, vernünftige Kleidung, ein Dach über dem Kopf, ein Fahrrad gehört zur Grundausrüstung.

Gesundheit und Erziehung

Dramatische Verbesserungen lassen sich ebenfalls im Bereich der medizinischen Versorgung sowie im Erziehungswesen feststellen. Seuchen, die früher das Land überzogen, sind praktisch ausgerottet. Das öffentliche Gesundheitssystem bietet jedem Bauern eine vollständige medizinische Betreuung für eine jährliche Gebühr von 50 fen (das entspricht ungefähr 60 Pfennig!). Schätzungen besagen daß heute auf jeweils 1.000 Chinesen ein Arzt kommt - eine Ziffer, die fast andiejenige Japans heranreicht (ein Arzt pro 800 Menschen).

Die Säuglingssterblichkeit konnte auf 2% gedrückt werden (1,8% in den USA). Die Lebenserwartung der Chinesen stieg von durchschschnittlich 40 Jahren im Jahre 1945 auf heute durchschnittlich 60 bis 70 Jahre - sicher ein unmittelbarer Ausdruck des erreichten

Lebensstandards der chinesischen Bevölkerung sowie ihrer medizinischen Versorgung.

Vor 30 Jahren waren noch 80% der Bevölkerung Analphabeten, heute beträgt dieser Anteil nur noch ca. 5%. Alle Kinder besuchen eine Schule.

Preisstabilität.

Unter dem Regime der Kuomintang, vor der Revolution, war die Inflation eine der schlimmsten Bedrohungen für die chinesischen Bauern und Arbeiter. In den zwölf Jahren vor 1949 stiegen die Preise auf das 8 Millionen-fache! Der Geldbetrag, mit dem man 1937 zwei Ochsen kaufen konnte, reichte 1945 nur noch für zwei Eier, 1949 bekam man dafür nur noch 1 Blatt Klo-Papier.

Im Vergleich dazu wird der enorme Fortschritt unter den Bedingungen einer zentral geplanten Wirtschaft deutlich. So kostete der Standard-Reis pro Kilogramm im Jahre 1952 29,6 fen, heute 30,4. Weißes Baumwolltuch fiel in derselben Periode von 86,7 auf 84 fen pro Einheit. Pharmazeutische Erzeugnisse sind auf die Hälfte ihres früheren Preises gefallen. Bei den meisten Gütern des täglichen Verbrauchs läßt sich eine weitgehende Preisstabilität feststellen.

All diese gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte lassen China in den Augen der hungrigen, von Inflation und Massenarbeitslosigkeit geplagten Massen der "Dritten Welt" als ein Paradies der Stabilität und des Fortschritts erscheinen. Die chinesische Revolution hat sich durch ihre Auswirkungen mehr als einmal gerechtfertigt.

Bürokratische Elite

Um so erstaunlicher muß einem die materielle und soziale Entwicklung Chinas erscheinen, als sie trotz der Existenz einer riesigen, ständig wachsenden bürokratischen Elite zustandekam. Es ist kaum vorstellbar, welches Ausmaß der gesellschaftliche Fortschritt hätte annehmen können, hätte es eine vollständige Kontrolle und Verwaltung der Wirtschaft durch die Arbeiter und Bauern - also eine echte Arbeiterdemokratie - gegeben.

Die Ursachen für das Entstehen einer alles beherrschenden Bürokratschicht in China gehen zurück auf die Vorgeschichte und den besonderen Verlauf der Chinesischen Revolution.

Die in China für die Revolution entscheidenden sozialen Kräfte waren ganz anders als diejenigen, die der Russischen Revolution von 1917 ihr Gepräge gegeben hatten,

Russische Revolution

Die Bolschewiki hatten ihre soziale Basis in der Arbeiterklasse, die die armen Bauern hinter sich vereinigte, um 1917 den Zarismus zu stürzen und dann Großgrundbesitz und Kapitalismus abzuschaffen. Nicht zuletzt wegen ihrer herausragenden politischen Führer, Lenin und Trotzki und der bolschewistischen Partei, war die Russische Revolution die bewußteste Bewegung in der Geschichte der Menschheit.

So war die Arbeiterklasse - und sogar große Teile der armen Bauernschaft - durchdrungen vom Geist des Internationalismus. Sie sah die Russische Revolution lediglich als Anfang einer weltweiten sozialistischen Revolution; und ihr war klar, daß auch nur dadurch die eigene Revolution gerettet werden könnte. Die Macht lag in den Händen von Arbeit-, Bauern- und Soldatenräten, bei jederzeitiger Abwählbarkeit aller Funktionäre.

Die von den Bolschewiki angestrebte internationale Ausbreitung der Revolution (besonders in Deutschland) blieb jedoch aus beziehungsweise ihre Ansätze in den verschiedenen Ländern scheiterten an der Unfähigkeit oder am Verrat der Führungen der jeweiligen Arbeiterparteien. So führte die Isolation der Revolution in einem einzigen, noch dazu äußerst rückständigen Land nach einigen Jahren notwendigerweise zur Herrschaft einer bürokratischen Schicht und zur Entartung des russischen Arbeiterstaates - ein Prozeß, der seinen personifizierten Ausdruck im Aufstieg Stalins fand.

Deformierter Arbeiterstaat

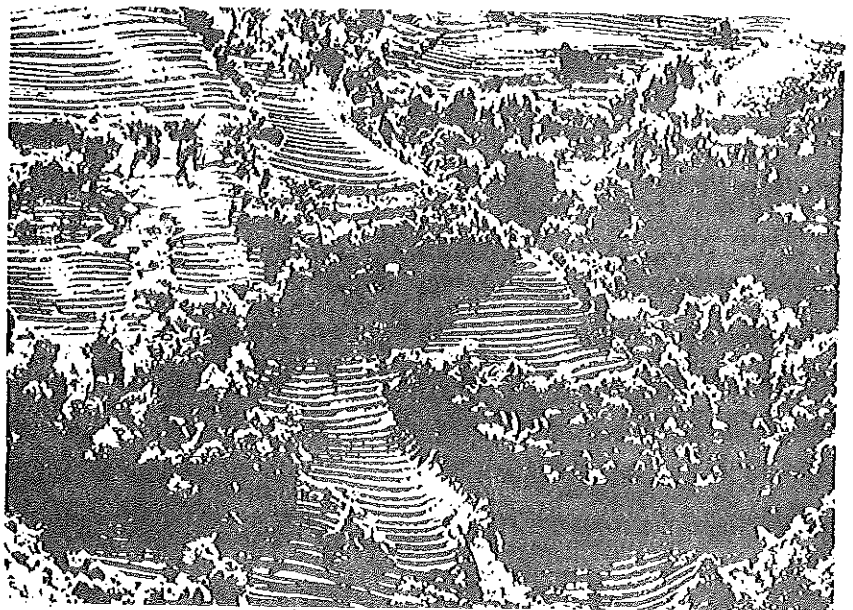
Mao-Tse-Tung begann 1949 China nach dem Modell der UdSSR aufzubauen - doch nicht der UdSSR Lenins und Trotzki's, sondern der Stalins. Von Anfang an hat es in China keinen Hauch von Arbeiterdemokratie gegeben, wie sie in Rußland in den ersten Jahren nach 1917 existierte.

Mao erkämpfte die Staatsmacht an der Spitze einer Bauernarmee, während die Arbeiterklasse in den Städten weitgehend passiv blieb. Wo es Ansätze einer unabhängigen Bewegung des Industrieproletariats gab (Streiks, Bildung von Räten), wurden diese schon im Keim von der Roten Armee zerschlagen.

Die Bürokratie in Armee, Partei und Staat, an deren Spitze Mao stand, hatte Angst vor jeder selbständigen Bewegung der Arbeiterklasse. Eine solche Bewegung hätte die Macht der Bürokratie ernsthaft bedrohen können. Des

halb mußte sie mit allen Mitteln an der Entfaltung gehindert werden

Mao und seine Clique errichteten ein bürokratisches, totalitäres Einpartei-Regime, das jedoch ökonomisch auf der Grundlage der Verstaatlichung und einer zentral geplanten Wirtschaft steht. Ein solcher Staat wird von Marxisten als "deformierter Arbeiterstaat" bezeichnet - "Arbeiterstaat" wegen der sozialen, ökonomischen Basis des Staatseigentums und der Planwirtschaft, "deformiert" wegen seines bürokratischen, vollständig undemokratischen Charakters.



Ein Erfolg der Planwirtschaft: Durch das Anlegen von Terrassenfeldern werden Bodenerosion verhindert und frühere Steinhänge in fruchtbares Ackerland verwandelt.....

Rolle der Bürokratie

So wie in allen deformierten Arbeiterstaaten (Osteuropa, Kuba, Angola, Mozambique u. a.), spielt auch die Bürokratie in China eine doppelte, widersprüchliche Rolle: Einerseits beruhen Macht und Privilegien der bürokratischen Elite auf dem Staatseigentum an Produktionsmitteln und der Planwirtschaft; sie hat deshalb kein Interesse an einer Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse, verteidigt die wirtschaftliche Basis des Arbeiterstaates und treibt deren Entwicklung voran.

Auf der andren Seite jedoch kann die Bürokratie Macht und Privilegien für sich nur sichern und monopolisieren, wenn sie eine echte Kontrolle der Arbeiterklasse über Wirtschaft und Staat, also eine Arbeiterdemokratie, verhindert. Insofern spielt sie eindeutig eine behindernde, rückschrittliche Rolle; sie steht der vollen Entfaltung von Wirtschaft und Gesellschaft im Wege, die nur durch eine umfassende Beteiligung der arbeitenden Menschen möglich wäre.

Es ist eine Tatsache, daß die chinesische Bürokratie auch heute noch das Vertrauen und die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung genießt - auch wenn schon jetzt und da massiv Unzufriedenheit mit verschiedensten Aspekten bürokratischer Macht- ausübung hervorbricht. Diese Unterstützung ist auf die gewaltigen materiellen und sozialen Errungenschaften zurückzuführen, die - trotz bürokratischer Machtentfaltung - auf der Grundlage der Planwirtschaft in China möglich waren und noch immer möglich sind. Geschichtlich betrachtet stellt der deformierte Arbeiterstaat einen enormen Fortschritt dar, weil er den Kapitalismus und die Reste des Feudalismus beseitigte und dem Land damit gewaltige Entwicklungsmöglichkeiten eröffnete. Andererseits hat ein solches System mit einem wirklichen Sozialismus, außer der wirtschaftlichen Grundlage, nichts gemein-sam; denn zum Sozialismus gehört eine Arbeiterdemokratie.

Man kann ein System wie das chinesische auch als Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus kennzeichnen. Die soziale Revolution ist in ihr bereits vollzogen; um die Bürokratie durch eine echte Arbeiterdemokratie abzulösen, bedarf es aber noch einer politischen Revolution - d. h. des revolutionären Sturzes der Bürokratie. Freiwillig wird sie ihre diktatorische Macht niemals aufgeben.



Mao beim Besuch einer Fabrik

Diktatur

Die Machtverhältnisse in China haben einen eindeutig diktatorischen Charakter. Welchen Aspekt des politischen Systems wir auch betrachten - überall stoßen wir auf das Prinzip der totalen Gleichschaltung. Es gibt weder Streikrecht noch unabhängige Gewerkschaften. Es gibt keine Räte und keine Arbeiterkontrolle über die Fabriken und die Industrie. Oppositionelle Gruppen oder Parteien sind nicht zugelassen. Wahlen sind - wie in allen stalinistischen Staaten - eine Farce. Das Recht auf jederzeitige Abwählbarkeit (auch höherer Funktionäre) wird nicht gewährt.

Einzig und allein die Einheitspartei (KPCh) hat laut Verfassung in allem die Entscheidungsgewalt. Und in der Partei wiederum bestimmt eine zahlenmäßig eng begrenzte Führungselite von Bürokraten die Politik. Diese Führung ist völlig abgehoben und abgetrennt von der Basis der Partei und der Bevölkerung. So fanden seit 1949 überhaupt nur vier Parteitage der KPCh statt: 1956, 1969, 1973 und 1979! Der "Nationale Volkskongreß" - das chinesische Parlament - trat bisher nur fünfmal zusammen (zuletzt 1979); zwischen 1965 und 1975 tagte er überhaupt insgesamt zehn Jahre nicht!

Wenn der Parteitag oder der "Volkskongreß" tatsächlich einmal zusammentritt, dann sind die Entscheidungen längst vorher in den obersten Führungszirkeln der Bürokratie getroffen worden; die große Plattform eines Kongresses dient lediglich dem demokratischen Schein, der formalen Absegnung längst gefällter Beschlüsse.

Es lassen sich also in China noch nicht einmal die primitivsten Elemente einer Arbeiterdemokratie auffinden. Insofern bietet sich das gleiche Bild wie in der Sowjetunion. Es gibt zwischen den beiden Staaten keinen prinzipiellen Unterschied. Beide Staaten ruhen auf dem gleichen, durch und durch bürokratischen, stalinistischen Fundament. Beides sind deformierte Arbeiterstaaten.

Ein Unterschied besteht lediglich hinsichtlich des Entwicklungsgrades, den die beiden Systeme jeweils erreicht haben. Während die Sowjetunion inzwischen eine hochindustrialisierte Weltmacht ist, weist China noch immer vergleichsweise rückständige Wirtschaftsstrukturen auf - z. B. arbeiten noch ca. 80% der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft.

Je technisierter und komplizierter der volkswirtschaftliche Apparat aber wird, desto wichtiger wird eine umfassende Mitwirkung, Rückmeldung und Initiative aller Beteiligten - besonders der Industriearbeiter -, desto weniger läßt sich dieser empfindliche Apparat im Befehlstone von oben herab steuern. Insofern braucht eine hochindustrialisierte Planwirtschaft die Arbeiterdemokratie wie der menschliche Organismus den Sauerstoff. Kommt es nicht zur notwendigen Verbindung von Planwirtschaft und Arbeiterdemokratie, dann sind zunehmende Stockungen, Lähmungen, Fehlplanungen und -entwicklungen unvermeidlich.

Dies ist heute die Situation in der Sowjetunion, wo die Bürokratie immer weniger in der Lage ist die Produktivkräfte noch entscheidend weiterzuentwickeln. Sie ist deshalb dort bereits zu einer absoluten Bremse des weiteren Fortschritts geworden.

China dagegen steht erst am Anfang einer umfassenden Industrialisierung und Technisierung. Noch ist die Bürokratie in der Lage, dem überschaubaren industriellen Apparat entscheidende Impulse zu geben. Die in China erzielten Wachstumsraten sind hoch und entsprechen denjenigen, die die Sowjetunion in früheren, vergleichbaren Entwicklungsabschnitten erreichte.

Noch wirkt die bürokratische Wirtschaftssteuerung in China lediglich als relative Bremse der gesellschaftlichen Entwicklung. Aber mit zunehmendem Fortschritt wird der chinesische Stalinismus an die gleichen Grenzen stoßen, die heute für die Sowjetunion immer deutlich werden. In zunehmendem Maße wird auch die chinesische Bürokratschicht zum "Klotz am Bein" der Arbeiter und Bauern werden.

Ständiger Zick-Zack-Kurs

Ein weiteres gemeinsames Merkmal sowohl der russischen als auch der chinesischen Entwicklung ist der Zick-Zack-Kurs in der Innen- und Wirtschaftspolitik. Im Falle Chinas lassen sich die extremen Schwankungen bis in die ersten Jahre der "Volksrepublik" zurückverfolgen. So verkündeten die Führer der KP-China 1949, China stehe eine jahrzehntelange Periode "kapitalistischer Demokratie" bevor; von einer Verstaatlichung der Industrie und der Planung der Produktion ist keine Rede - noch nicht einmal als mittelfristige Perspektive. Vielmehr sei man auf ein Bündnis mit der einheimischen Bourgeoisie nach wie vor angewiesen.

Aber die wirtschaftlichen Erfordernisse sind stärker als die falschen Theorien der KPCh. Schon 1953 beginnt sie mit der beschleunigten Verstaatlichung der Industrie; der erste Fünfjahresplan wird in Gang gesetzt. 1956 verkündet man das "Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen Phase der Revolution in die sozialistische Phase".

1958/59 wird der "große Sprung nach vorn" eingeleitet, eine Kampagne der chinesischen Führung, in der "die Massen wie noch nie aufgerüttelt" werden sollen - und zwar zu einer gewaltigen Steigerung der Produktion innerhalb von "drei Jahren harten Kampfes" (d. h. äußerster Opfer für die Bevölkerung). Die Massen werden beispielsweise aufgefordert, zur Ankerbelung der Eisengewinnung sozusagen in jedem Hinterhof Klein- und Hochöfen zu errichten.

Aber die irrsinnig überhöhten Planziele stellen eine Überforderung der schon hart arbeitenden Bevölkerung dar. Die Kampagne, die auf drei Jahre angelegt ist, muß vorzeitig als Fehlschlag abgebrochen werden. Die Wirtschaft des Landes erholt sich nur langsam; sogar Mao muß (in Maßen) Selbstkritik üben.

Als Gegenreaktion setzt Anfang der 60er Jahre eine Periode der wirtschaftlichen Liberalisierung ein. Da der Appell an die revolutionäre Begeisterung der Chinesen allein offensichtlich nicht alle wirtschaftlichen Probleme löst, verläßt man sich nun plötzlich auf die Einführung von Marktelementen, erhöhten Lohndifferenzen usw. - Maßnahmen, die zuvor als "kapitalistischer Weg" auf das Schärfste angeprangert worden sind. Ehemals als "Rechtsopportunisten" verurteilte Parteifunktionäre werden rehabilitiert.

Kulturrevolution

Die nächste Wendung um 180 Grad läßt jedoch nicht lange auf sich warten. 1966 sieht den Be-

ginn der "Großen Proletarischen Kulturrevolution", einer Großkampagne gegen "kapitalistische Tendenzen" in der Staats- und Parteiführung, die von der obersten Spitze der Bürokratie (vor allem Mao selbst) ausgelöst und weitgehend gesteuert wird.

In der Art eines Bonaparte - eines über der Gesellschaft stehenden, abgehobenen Diktators und obersten Richters - bedient sich Mao bestimmter Schichten der Gesellschaft, in diesem Fall der jugendlichen "Roten Garden" sowie der Armee, um Schläge auszuteilen und gegen andere Schichten, die zu einer Bedrohung der von ihm präsentierten Herrschaftsinteressen geworden sind; hier die unteren und mittleren Ebenen der inzwischen erheblich angewachsenen Bürokratie.

Diese hat immer größere Teile des von der werktätigen Bevölkerung produzierten gesellschaftlichen Reichtums für ihre eigenen Zwecke abgezweigt; sie bedroht durch ihr Parasitentum, ihre Arroganz und Korruption in zunehmenden Maße jeglichen Fortschritt in der Wirtschaftsentwicklung. Aus diesem Grund stagniert die Wirtschaft und die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wächst.

Genau wie Stalin in einer ähnlichen Situation entschloß sich Mao zu einem kontrollierten Angriff auf die krassen Auswüchse bürokratischen Mißbrauchs. Dabei stützt er sich vor allem auf die 22 Millionen-starken "Roten Garden", die das Land auf Geheiß des

"Großen Vorsitzenden" mit revolutionärem Fanatismus überziehen überall die Exzesse bürgerlicher Mißwirtschaft anprangern und die Vertreter "kapitalistischer Ideen" aus ihren bequemen Posten verjagen (oft sind davon ganze Parteikomitees der Städte und Provinzen betroffen).

Maos Strategie ist auf die Vernichtung von Auswüchsen auf der unteren und mittleren Funktio-

närschicht abgezielt, um die Herrschaft der Bürokratie insgesamt erhalten und sichern zu können. Er verfährt nach der Devise: rechtzeitig kontrollierte Reform von oben, um eine Revolution von unten zu verhindern. Dementsprechend sollen auch die obersten Schichten der Bürokratie nicht in Frage gestellt werden - abgesehen von einigen "Sündenböcken", die man wie üblich aus dem Karussell der Macht herauskatapultiert (z. B. Liu Shao Tsch'i sowie Deng Hsiao Peng, der heutige starke Mann Chinas).

Die "Revolutionen" werden überwiegend von oben eingesetzt und stehen in der Regel unter der Führung der Militärs, die laut Mao ausdrücklich von Angriffen seitens der "Roten Garden" verschont bleiben sollen. Allerdings droht die Bewegung zeitweise der Kontrolle durch die oberste Führungsclique um Mao zu entgleiten.

Als Teile der entfesselten "Roten Garden" zu weit gehen und die Bürokratie als Ganzes in Frage



Der "Nationale Volkskongreß", der in 30 Jahren nur fünfmal tagte

stellen, werden sie kurzerhand aufgelöst und in die Schulen, Universitäten und Betriebe zurückbeordert. Weigern sie sich, wird sogar in einigen Fällen das Militär gegen sie eingesetzt. Millionen widerspenstiger Jugendlicher werden zur Zwangsarbeit auf's Land geschickt, in die politische Isolation.

Nach insgesamt zwei Jahren ist die Kulturrevolution mühsam gebremst und schließlich abgewürgt. An den grundlegenden Machtstrukturen der chinesischen Gesellschaft hat sich nichts geändert. Die Wirtschaft Chinas, die während der Wirren der Kulturrevolution fast völlig zum Erliegen gekommen ist, erholt sich erst nach vielen Jahren langsam wieder von diesem Schock.

Machtkämpfe

Der "Großen Kulturrevolution" folgt bald darauf der "Katzenjammer" in Gestalt einer erneuten Kehrtwendung der chinesischen Führung. Anfang der 70er Jahre schlägt das Pendel wieder eindeutig nach rechts aus; so wird Lin Biao, "Held der Kulturrevolution und gekürter Nachfolger Maos, wegen eines angeblichen Putschplanes als "bürgerlicher Agent" entmachtet und verdammt (zuvor galt er allgemein eher als "Ultralinker"). Zufälligerweise (?) ist er unmittelbar vorher bei einem Flugzeugabsturz - angeblich auf der Flucht nach Moskau - ums Leben gekommen! Dafür wird der im Verlauf

der Kulturrevolution als "Kapitalistenfreund" entmachtet Deng Hsiao Peng wieder voll rehabilitiert.

Hiermit noch nicht genug des ewigen Wechselspiels: Anfang 1976 nach dem Tod Tschou En Lai's, entbrennt erneut eine Kampagne gegen "kapitalistische Tendenzen" in der Führung der Partei. Deng wird zum zweiten Mal entmachtet! Die sogenannte "Viererbande" beginnt, mit dem greisen Mao als Aushängeschild, die Politik zu bestimmen. Wieder einmal hat der "linke" Flügel der Bürokratie das Sagen. Diesmal aber nur für wenige Monate.

Nach Maos Tod setzen sich die Rechtskräfte wieder durch. Die "Viererbande" wird entmachtet und seitdem für alle Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre verantwortlich gemacht. Zum zweiten Mal wird Deng Hsiao Peng rehabilitiert und rückt - neben Hua Guo Feng - an die Spitze von Partei und Staat.

Das ständige Wechselspiel zwischen den maßgebenden Flügeln der chinesischen Bürokratie ist nur ein Ausdruck der instabilen Politik, wie sie für jede abgehobene Führungselite in einem deformierten Arbeiterstaat typisch ist. Wirtschaftliches Abenteuerertum wechselt ab mit Phasen der "Liberalisierung"; extremer Zentralisierung folgt Dezentralisierung. In jedem Fall führt der daraus resultierende Zick-Zack-Kurs zu einer erheblichen Behinderung der gesellschaftlichen Entwicklung.

Eines steht jedoch fest: die

Machtkämpfe zwischen den rivalisierenden Flügeln der Bürokratie haben insofern keinen prinzipiellen Charakter, als sie sich alle nur um die jeweils besten Methoden der Machtausübung streiten, nicht aber um die Existenzberechtigung der Bürokratie als solcher.

Blick nach Westen

Die gegenwärtigen Herrscher Chinas setzen verstärkt auf die Einführung von Marktelementen und Leistungsanreizen. Sie verstärken die Zusammenarbeit mit dem kapitalistischen Westen um beinahe jeden Preis. Die Vertreter ausländischer Konzerne und Regierungsdelegationen geben sich in Peking die Klinke in die Hand. Sie wittern Chancen für profitable Anteile am riesigen chinesischen Absatzmarkt. Coca Cola hält seinen Einzug in die Läden der Städte; Neonreklamen werben für westliche Produkte.

VORAN Nr. 41

VORAN NR. 43

VORAN Nr. 44

Joachim Heyck,
Juso-Gruppe Hamburg-Winterhude

LESER

Liebe Genossen!

In der Volksrepublik China wird neuerdings die Demokratie buchstäblich an die Wand gestellt - nachdem sie sich zeitweilig auf Mauern in Form von Wandzeitungen ausdrücken durfte. Die chinesischen Mauern, die Träger begrenzter kritischer Bemerkungen gewesen sind, gibt es nicht mehr. Sie führten zu "Unruhe" und störten die "Ordnung", hieß es.

Es ist eigenartig, wie in allen diesen bürokratisch beherrschten Staaten nach dem Muster der UdSSR, wo laut Wahlstatistik immer 99,9% der Bevölkerung hinter der Regierung stehen, daß gerade dort die leiseste Kritik an den Herrschenden verschwiegen oder

verboten wird und daß Repressionsmaßnahmen pankartig ausgeübt werden. Mit Strauß kann man sich einigen, mit Nixon über Gemeinsamkeiten sprechen, - mit der eigenen Arbeiterklasse gibt es jedoch für diese Bürokraten nicht sehr viele gleichartige Interessen. Was die chinesischen Funktionäre an meisten fürchten, ist das wachsende Selbstvertrauen und selbstständige Denken der einheimischen arbeitenden Bevölkerung. Und mit Recht. Denn was in der letzten Zeit als Kritik gegen Verletzungen der Menschenrechte in China auf Wandzeitungen angeprangert wurde, ist nur ein zahmer Vorbote der kommenden Interessenskonflikte zwischen Arbeitern und der Bürokratie.

Die Erfahrung aller ähnlichen "sozialistischen" Staaten beweist, wie unentbehrlich die Arbeiterdemokratie ist, um nicht nur die politische Zielrichtung, sondern auch und vor allem die Wirtschaftspolitik zu bestimmen. Breschnew

und Gierek - könnten Bände darüber erzählen, wie diese Arbeiterstaaten von den Funktionären ausgesaugt und sabotiert werden. Damit würden sie aber sich selbst in Frage stellen. Aber Bürokraten haben Fragen garnicht so gern.

Nur politisch Blinde könnten die ungeheuren Fortschritte übersehen, die China - z. B. im Vergleich zu Indien - gemacht hat, selbst unter bürokratischer Herrschaft. Deswegen setzen wir uns jedoch nicht mit in den Sattel der Bürokratie, die zunehmend diese Staaten ersticken. Auch in China sind die Tage der Bürokraten gezählt. Übermorgen wird die chinesische Arbeiterklasse, zusammen mit den Bauern, sämtliche Mauern niederreißen, die zwischen ihnen und ihrem von den Bürokraten so gefürchteten Ziel noch trennen - Arbeiterdemokratie!

Mit sozialistischen Grüßen

Greg Powell, Hamburg-Altona

